

Abschrift:

SWR-International am 23. März 2009

Kommunalwahlen: Nur wenige Migranten als Kandidaten

Bei den Kommunalwahlen sind Ausländer aus EU-Staaten wahlberechtigt. In Rheinland-Pfalz sind es rund 100 000 Menschen. Die Parteien haben bisher nur wenige als Kandidaten für die Wahlen am 7. Juni aufgestellt.

In der Landeshauptstadt Mainz hat zwar die SPD gleich drei Migranten aufgestellt – den Spanier Miguel Vicente, die Schwedin Harriet Nordliner-Wizemann und die Griechin Maria Ouzouni. Die CDU und die FDP dagegen haben keine Kandidaten, die aus anderen Ländern stammen. Bei den Grünen findet sich einer.

In anderen Städten des Bundeslandes lassen sich noch weniger Migranten auf den Wahllisten finden. Allerdings haben viele Parteien auch noch keine Listen abgegeben, so zum Beispiel Kaiserslautern oder Koblenz.

Kommunales Wahlrecht für alle

Inzwischen haben die Ausländerbeiräte von Rheinland-Pfalz und Hessen gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften eine Kampagne gestartet, in der sie eine Ausweitung des kommunalen Wahlrechts fordern. Sie fordern eine Änderung von Artikel 28 des Grundgesetzes, der das kommunale Wahlrecht auf Deutsche und Bürger anderer EU-Mitgliedsstaaten beschränkt. Dazu haben sie eine Unterschriften-Sammlung gestartet. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft hessischer Ausländerbeiräte, Corrado Di Benedetto, sagte, „es ist nicht zu rechtfertigen, dass immer noch Millionen von Menschen, die bereits seit Jahrzehnten ein Teil der deutschen Gesellschaft sind, rigoros von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden“.

Nach Angaben der Ausländerbeiräte leben in Deutschland knapp 4,5 Millionen Menschen aus sogenannten Drittstaaten. Damit sind etwa zwei Drittel aller Ausländer in der Bundesrepublik weiterhin von allen Wahlen ausgeschlossen. Die größten Einwanderergruppen bilden dabei Menschen aus der Türkei, den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und der Sowjetunion sowie aus den USA. Mehrere europäische Staaten, etwa Schweden, Finnland und die Niederlande, haben bereits ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer eingeführt.